



Postulat Nr. 138 2010/2012

Eingang Stadtkanzlei: 14. Dezember 2010

Für eine bessere Diskussionskultur

Die Mediensperfristen bei Berichten und Anträgen sind jeweils so angesetzt, dass sie vor der Kommissionsitzung ablaufen. Die Idee dahinter ist, dass der Stadtrat seine Ideen in der Öffentlichkeit ausbreiten kann, ohne dass die zuständige Kommission bereits Änderungen vorgenommen hat. In der Realität ist es aber nicht der Stadtrat, der zu diesen Berichten und Anträgen Stellung beziehen kann, sondern die Medien nötigen den Fraktionschefs eine Stellungnahme ab. Dies heisst häufig, dass die Vorlagen noch nicht eingehend in den Fraktionen diskutiert werden konnten und allenfalls auch den Fachleuten der Fraktionen zugewiesen werden konnten. Auch allfällige Rückfragen und Unsicherheiten konnten die Parlamentsmitglieder oft noch nicht klären. Dass dies nicht nur ein Anliegen des Parlamentes, sondern auch des Stadtrates sein sollte, zeigt die aktuelle BZO-Revision. Die Informationsveranstaltung für die ParlamentarierInnen fand statt, nachdem die Medien bereits über einzelne Aspekte aus der Vorlage berichtet und die Fraktionen bereits Stellung bezogen hatten.

Aber auch die Diskussionskultur der Kommissionen leidet darunter. Einer unvoreingenommenen Diskussion ist es abträglich, wenn die Fraktionen unter dem Druck stehen, eine bereits geäusserte Position zu verteidigen, anstatt gemeinsam mit den anderen Kommissionsmitgliedern nach einer Konsenslösung zu suchen.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten, den Ablauf der Mediensperfristen für Berichte und Anträge erst nach der Sitzung der zuständigen Kommission festzusetzen.

David Roth
namens der SP/JUSO-Fraktion

Werner Schmid
namens der SVP-Fraktion

Manuela Jost
namens der GLP-Fraktion